



Europa-Universität Viadrina, PF 1786, 15207 Frankfurt (Oder)

Ein Ergebnis des Masterseminars *Doing Democracy: Problemanalysen im Policy Brief Format* und der Deutsch-Polnischen Vernetzungskonferenz *Doing Democracy: Connecting Academia & Civil Society Across Borders* 27/28.4.2026, Frankfurt (Oder)/Ślubiice

Leitung: Dr. Anja Hennig

23.07.2026

POLICY BRIEF #2

Partizipation, die (nicht) ins Leere läuft. Warum sich der Wandel zu einer verbindlichen Bürgerbeteiligung auszahlen wird

Von Marie Vanvlasselaer, Matthias Vollmer und Laura Wurbs

Executive Summary

Demokratische Partizipationsprozesse sollen die Bindung an demokratische Strukturen stärken, indem sie Menschen in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen und die Erfahrung von politischer Selbstwirksamkeit ermöglichen. Sie sind ein Kernelement der Demokratie. In der Praxis werden diese Ziele häufig jedoch nicht erreicht, da nach Abschluss der Partizipation bei den Teilnehmenden der Eindruck entsteht, ihr Engagement bliebe politisch wirkungslos. Teilnehmende vermissen, dass ihre Beiträge im Sinne politischer Mitbestimmung weiterverarbeitet werden. Dies führt zu schwindendem Vertrauen in das Funktionieren demokratischer Grundprinzipien. Demokratie wird unglaubwürdig. Es droht ein Rückzug aus demokratischen Prozessen und eine Anfälligkeit für populistische Narrative. Insbesondere vor diesem Hintergrund sollte Partizipation gelingen.

Dieser Policy-Brief appelliert daher an die politischen Entscheidungsträger:innen in Frankfurt (Oder), Partizipation als tatsächliche politische Mitbestimmung zu verstehen und zuzulassen - damit demokratische Teilhabe die Demokratie tatsächlich stärken kann.

Policy-Alternative: Wirksame Teilhabe ermöglichen - Umsetzung von Beteiligungsergebnissen sichern.

Handlungsempfehlungen:

- Notwendigkeit wirksamer Bürgerbeteiligung im kommunalen Handeln verankern
- Ressourcenplanung frühzeitig auf Umsetzung ausrichten
- Verbindliche Beteiligungsvereinbarung abschließen
- Entscheidungen nachvollziehbar und barrierearm kommunizieren
- Zeitrahmen frühzeitig und zielgruppengerecht planen

Sommersemester 2026

POLICY BRIEF #2

Participation That (Doesn't) Fall on Deaf Ears. Why the Shift Toward Commitment to Civic Participation Will Pay Off

By Marie Vanvlasselaer, Matthias Vollmer and Laura Wurbs

Executive Summary

Democratic participatory processes are intended to strengthen commitment to democratic structures by involving people in political decision-making processes and enabling them to experience political self-efficacy. They are a core element of democracy. In practice, however, these goals are often not achieved because, once the participatory process is over, participants are left with the impression that their engagement had no political impact. Participants feel that their contributions are not being acted upon in the spirit of political co-determination. This leads to a decline in trust in the functioning of fundamental democratic principles. Democracy loses its credibility. There is a risk of withdrawal from democratic processes and a susceptibility to populist narratives. It is important that participation succeeds, particularly against this backdrop.

This policy brief therefore calls on policymakers in Frankfurt (Oder) to understand and allow participation as genuine political co-determination—so that democratic participation can truly strengthen democracy.

Policy Alternative:

Enable Effective Participation - Ensure the Implementation of Participation Outcomes.

Recommendations:

- Anchor the necessity of effective citizen participation in municipal decision-making
- Align resource planning with implementation at an early stage
- Sign a binding participation agreement
- Communicate decisions in a transparent and accessible manner
- Plan timelines early on and according to the needs of the target audience

1. Problem: Die gängige Praxis der Partizipation schwächt die Demokratie

Erfolgreiche Kommunalpolitik benötigt Bürgerpartizipation: Beteiligungsverfahren wie beispielsweise das Bürgerbudget, die Stadtteilkonferenzen oder die Kinderkonferenzen in Frankfurt (Oder) bringen Ideen und Vorschläge von Menschen ein, die in der Region leben und denen ihr Lebensumfeld wichtig ist (Stadt Frankfurt [Oder], o. D.). Partizipation verdeutlicht, was Menschen vor Ort wichtig ist und ist die Grundlage für eine inklusive Kommunalpolitik (Abt et al., 2022, S. 23-24). Partizipation bringt Menschen zusammen, schafft soziale Netzwerke, gemeinsam geteilte Werte und eine positive Debattenkultur (bpb, 2024, S. 360-361). Partizipation ist integrativ und stärkt das Vertrauen in die Demokratie und ihre Vertreter:innen (Wähnke, 2019, S. 325). So das politische Ziel. Die Realität von Bürgerpartizipation sieht oftmals jedoch anders aus. Während in den vergangenen Jahren die Zahl der Beteiligungsmöglichkeiten in vielen Kommunen stieg, stieg die Zufriedenheit der Teilnehmenden mit der Beteiligung nicht (Hitschfeld & Perry, 2021, S. 278). Teilnehmende beklagen eine geringe Wertschätzung ihrer Arbeit, da diese keine sichtbaren politischen Konsequenzen habe, bis hin zu der Vermutung von Alibi-Partizipationen und reiner Symbolpolitik (Klug, 2018). Der Verlust von Vertrauen in die Aufrichtigkeit des Partizipationsangebotes geht einher mit einem Vertrauensverlust in den Wert demokratischer Verfahren und Strukturen. Der Prozess der politischen Beteiligung, der die Menschen fester mit der Demokratie verbinden soll, wird somit zu einem Verfahren, das die Glaubwürdigkeit der Demokratie und ihrer Vertreter:innen in Frage stellt (Hitschfeld & Perry, 2021, S. 278). Demokratie droht an Zustimmung und an engagierten Bürger:innen zu verlieren.

Dieser Policy-Brief gibt daher eine Antwort auf die dringende Frage: *Mit welchen Maßnahmen kann es gelingen, die Demokratie durch kommunale Beteiligung tatsächlich zu stärken?*

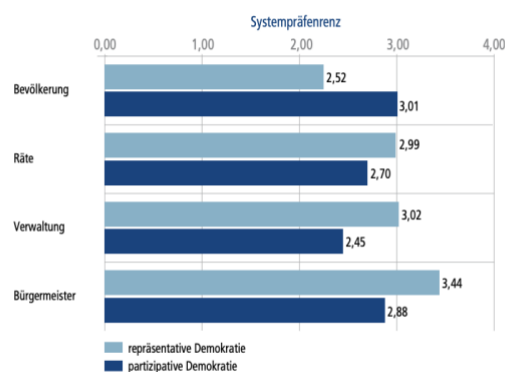
2. Politische Relevanz und Kontextualisierung

2.1. Unterschiedliche Erwartungen von Politik und Zivilgesellschaft

Die Fachliteratur zeigt auf, dass sich die Erwartungen von Politik und Verwaltung hinsichtlich des Nutzens von Beteiligungsverfahren deutlich von den Erwartungen der Zivilgesellschaft unterscheiden. Hat Beteiligung aus der Sicht von Politik und Verwaltung eine unterstützende und legitimierende Funktion, indem sie Planungen erleichtert und die Qualität und Akzeptanz der kommunalen Entscheidungen erhöht (Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburg, o.D.), erwarten die

Abbildung 04: Systempräferenzen im Vergleich

Angaben Mittelwerte



Basis: N= 2.700 Bürger ab 18 Jahren aus 27 Kommunen in Deutschland, sowie N= 680 (587 Ratsmitglieder, 66 Dezernenten, 27 Bürgermeister aus 27 Kommunen in Deutschland), Skala von 1 (stimme voll und ganz zu) bis 5 (stimme überhaupt nicht zu), addierte Werte aus „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“, Angaben in Mittelwerten.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2014): Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, S. 109.

| Bertelsmann Stiftung

Bürger:innen tatsächliche Entscheidungsspielräume und Mitbestimmung (Sommer, 2025). Bereits 2014 zeigte eine von der Bertelsmann Stiftung und dem Staatsministerium Baden-Württemberg herausgegebene Studie zur Systempräferenz, dass die Bürger:innen eine partizipative Demokratie gegenüber einer rein repräsentativen Demokratie bevorzugen (Bertelsmann Stiftung, 2014, S. 16). Der Wunsch nach direktdemokratischen und dialogischen Beteiligungen steigt seitdem stetig (Best et al., 2023, S. 21), während die politischen Entscheider:innen die Machtverteilung und Entscheidungsbefugnis noch deutlich auf ihrer Seite sehen (Deutscher Bundestag, 2021).

2.2. Beteiligungsverfahren implizieren ein Versprechen politischer Wirksamkeit

Die Erwartungen der Bürger:innen werden bislang von der Politik kaum gesehen und beantwortet. Allzu oft endet die Teilhabe mit der Teilnahme (Rutjes, 2025, S. 5). Empirische Erhebungen zeigen eine geringe Zufriedenheit mit der Weiterverarbeitung von Beteiligungsergebnissen über verschiedenste Beteiligungsformate hinweg (Rutjes, 2025, S. 6). So gaben 71 Prozent der Teilnehmenden einer Evaluation des Online-Dialogs des Bundesumweltministeriums zum „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ an, dass die politische Weiterverfolgung ihrer Beiträge unklar sei (Brettschneider, 2023, S. 11). Sie bemängelten das Fehlen konkreter Signale von ernsthaftem Interesse und den Willen zur Umsetzung ihrer Vorschläge (Brettschneider, 2023, S. 8). Im Rahmen der Konferenz „Doing Democracy“ Connecting Academia and Civil Society Across Borders in Frankfurt (Oder) / Słubice wurde von zahlreichen NGO-Vertreter:innen wiederholt kritisiert, dass viele Partizipationsprozesse faktisch mit dem Abschluss des Dialogformats enden. Institutionalisierte Mechanismen, die sicherstellten, dass die Vorschläge der Bürger:innen sichtbar geprüft, politisch bearbeitet und öffentlich kommuniziert werden, fehlten oft. Diese Bilanz mangelhafter Sichtbarkeit und Wirksamkeit des Willens der Bürger:innen wiegt schwer. Bereits im Mai 2024 hatte die Bundesregierung in einem umfassenden Strategiepapier den Rechtsextremismus als größte Bedrohung für das Gemeinwesen in Deutschland benannt (BMI, 2024, S. 2). Zur Prävention gegen demokratiefeindliche Überzeugungen empfiehlt das Papier, aktiv die demokratische Erfahrung von politischer Selbstwirksamkeit zu ermöglichen und zu fördern (BMI, 2024, S. 21). Insbesondere in strukturschwachen Regionen, zu denen Frankfurt (Oder) gehört, sollten die Bürger:innen ihre Lebenssituation vor Ort durch faire Teilhabechancen aktiv mitgestalten können (BMI, 2024, S. 27). Als Instrument gegen rechtsextreme Denkmuster gewinnt politische Selbstwirksamkeit an Bedeutung und erhöht gleichzeitig den Anspruch an die Partizipation. Das Angebot demokratischer Beteiligungsverfahren erzeugt Erwartungen auf Wertschätzung, Gehör, Umsetzung von Ergebnissen und sichtbare Wirkung. Erwartungen, die nicht enttäuscht werden sollten.

2.3. Alibipolitik und Rückgang von zivilgesellschaftlichem Engagement

Partizipation ohne tatsächlichen politischen Einfluss kann als Scheinbeteiligung wahrgenommen werden (Varwell, 2022, S. 109, 118). Bürger:innen vermuten, lediglich als Legitimationsgeber:innen für längst beschlossene Entscheidungen zu dienen. Frank Hühner von der Koordinierungs- und Fachstelle der

Partnerschaft für Demokratie Frankfurt (Oder) bestätigt, dass Beteiligungsverfahren als symbolisch betrachtet werden könnten, wenn Ergebnisse nicht sichtbar weiterverarbeitet werden. Beteiligungsprozesse seien häufig projektförmig und zeitlich begrenzt, während Ressourcen für Verstetigung, Evaluation und Wirkungsmessung fehlten. Ergebnisse „verpufften“ nicht selten, was die Motivation zur zukünftigen Beteiligung mindern könne (Hühner, 2026). Werden finanzielle Ressourcen für Beteiligungsveranstaltungen bereitgestellt und fehlen solche zur Anschlussfinanzierung der eingebrachten Vorschläge, erleben die Teilnehmenden lediglich eine politische Inszenierung. Die Erfahrung von politischer Irrelevanz und Wirkungslosigkeit ist vorprogrammiert und verhindert zukünftiges ziviles Engagement (Sommer, 2023, S. 26-27).

2.4. Verlust an Vertrauen in demokratische Verfahren und Ordnungen

Empirische Erkenntnisse belegen, dass langfristiges Vertrauen in demokratische Verfahren von institutionellen Strukturen abhängt, die Reaktionsfähigkeit, Transparenz und klare Folgemaßnahmen nach Abschluss der Partizipation gewährleisten (Zakhour, 2020, S. 15-19). Enttäuschte Erwartungen führen nicht nur zu einer geringeren Akzeptanz politischer Entscheidungen, sondern zu schwindendem politischen Rückhalt (Van Dijk & Lefevere 2023, S. 146-147; Germann et al. 2024, S. 689). Es schwindet das Vertrauen in Parteien, Politik und in die Glaubwürdigkeit demokratischer Aushandlungsprozesse (Sonntag, 2024). Frustrierte Bürger:innen entziehen demokratischen Prozessen ihre Zustimmung. Es ist erwiesen, dass insbesondere enttäuschte, politisch entfremdete Wähler:innen zum Erfolg der illiberalen Rechten beitragen (Schulte-Cloos & Leininger, 2021). Partizipationsangebote für Kinder und Jugendliche, wie sie in Frankfurt (Oder) zahlreich angeboten werden, sind ein besonders sensibler Bereich. Aktuelle Studien zeigen, dass Radikalisierungen und antidemokratische Einstellungen unter jungen und politisch sowie sozial wenig gefestigten Menschen bereits seit Jahren zunehmen (Heinrich, 2026). Erfahren junge Menschen früh, dass mühevoll demokratisches Engagement ohne Wirkung bleibt, ist das provozierte Gefühl von Sinn- und Machtlosigkeit ein Einfallstor für die Anbieter antidemokratischer, einfacher und potenter Lösungen (Heinrich, 2026).

3. Policy-Alternative/ Handlungsoption

Wirksame Teilhabe ermöglichen: Umsetzung von Beteiligungsergebnissen sichern

Die Befunde verdeutlichen Defizite in der aktuellen Praxis der Bürgerbeteiligung. Scheinbeteiligungen werden in der kurzfristigen Perspektive die Akzeptanz der politischen Entscheidungen schwächen und können in der langfristigen Perspektive das demokratische System selbst in Frage stellen. Dennoch bleibt Beteiligung ein wichtiges Element von Demokratie und kommunaler Politik.

Damit ihr integratives Potenzial wirksam werden kann, schlägt dieser Policy-Brief vor, dass Politiker:innen und Verwaltung in Frankfurt (Oder) die Erwartungshaltungen der Bürger:innen reflektieren und als legitim anerkennen. Bürger:innen erwarten wirksame Teilhabe an politischen Entscheidungen. Sie erwarten tatsächliche Entscheidungsräume und Möglichkeiten direkter

Mitbestimmung. Sie erwarten, dass ihr politisches Engagement für sie selbst Früchte trägt und die Ergebnisse ihrer Arbeit umgesetzt werden. Die Entscheider:innen in Politik und Verwaltung sollten daher bereit sein, Entscheidungsmacht im Rahmen der betreffenden Beteiligungsangebote abzugeben. Dabei sollte auf den unterschiedlichsten Entscheidungsebenen ein tiefgehender Wandel in der Sicht auf Partizipation angestrebt werden. Das Demokratie stärkende Potenzial wahrer Teilhabe sollte erkannt, kommuniziert und bestenfalls verinnerlicht werden, damit Entscheidungsräume und Ressourcen nicht nur punktuell gewährt, sondern langfristig und proaktiv zur Verfügung gestellt werden. Partizipation wird die Demokratie stärken, wenn politische Teilhabe tatsächlich gewollt ist. Das sichtbarste Zeichen eines erfolgreichen Perspektivwechsels wäre eine steigende Anzahl an Projekten, deren Beteiligungsergebnisse in Zukunft tatsächlich umgesetzt werden.

Um die Herausforderungen dieses Politikwandels angemessen und effektiv bewältigen zu können, geben wir folgende Handlungsempfehlungen.

4. Handlungsempfehlungen

a) Notwendigkeit wirksamer Bürgerbeteiligung im kommunalen Handeln verankern

Für einen Perspektivwechsel in Politik und Verwaltung sollte ein längerer Zeitraum eingeplant werden. In Einzelgesprächen oder an Runden Tischen könnte das Bewusstsein für den Unterschied zwischen bloßer Teilnahme und tatsächlicher Teilhabe kommuniziert werden. Der Mehrwert wahrer Teilhabe und die Defizite von Scheinbeteiligungen sollten wissenschaftlich unterstützt und klar benannt werden. Mitarbeitende könnten damit beauftragt werden, die konkrete Zahl der Beteiligungsformate vergangener Jahre zu evaluieren, die mit einer konkreten Umsetzung von Beteiligungsergebnissen endeten. Dies wäre eine Möglichkeit, die Haltung innerhalb der Kommune gegenüber wirklicher Teilhabe ehrlich zu reflektieren und die Mitarbeitenden für den Kulturwandel zu sensibilisieren. Darauf aufbauend könnten neu ausgeschriebene Projekte systematisch auf den Grad der Partizipation hin geprüft werden. Formate mit hohem Teilhabeindex könnten bevorzugt werden. So würde eine positive Haltung gegenüber tatsächlicher Teilhabe weiter verinnerlicht. Formate, die über eine bloße Teilnahme nicht hinausgehen, könnten über eine Skala identifiziert und im Partizipationsangebot entsprechend benannt werden. Das Bereitstellen tatsächlicher Entscheidungsräume sollte weniger als einzelnes Projekt, sondern als integraler Bestandteil kommunalen Handelns und Denkens verstanden werden und als Prozess verstetigt, evaluiert und im Dialog mit den Bürger:innen verbessert werden.

b) Ressourcenplanung frühzeitig auf Umsetzung ausrichten

Bereits vor Beginn eines Beteiligungsformates sollte die Verwaltung in Frankfurt (Oder) klären, welche Ressourcen für die spätere Bearbeitung der Ergebnisse realistisch verfügbar sind. Zuständigkeiten, Haushaltsmittel und mögliche Anschlussfinanzierungen sollten früh mitgedacht werden. Es sollte geprüft werden, welche Angebote aus bestehenden Haushaltsmitteln bearbeitet werden können und welche Vorhaben zusätzliche Mittel benötigen. Dabei sollte die Ressourcenplanung über die Durchführung des

Partizipationsformates hinaus insbesondere die Anschlussfinanzierung in den Blick nehmen. Förderprogramme, Stiftungen, Partner:innen aus der Wirtschaft oder Landesmittel könnten identifiziert und finanzielle Unterstützung angefragt werden, damit die spätere Umsetzung der Ergebnisse nicht an fehlenden Mitteln scheitert.

c) Verbindliche Beteiligungsvereinbarung abschließen

Für Beteiligungsformate könnte vor Beginn eine verbindliche Beteiligungsvereinbarung geschlossen werden. Ihr Zweck liegt darin, den Ablauf, die Zuständigkeiten und die politische Weiterbehandlung der Ergebnisse so festzulegen, dass Beteiligung auch über das Ende von Beteiligungsformaten, Förderperioden oder Legislaturperioden anschlussfähig bleibt. Grundlage hierfür könnte eine Vereinbarung sein, die im Dialog zwischen kommunalen Vertreter:innen, dem Träger des Partizipationsangebots und Teilnehmenden erarbeitet wird. Die Vereinbarung sollte vor allen Dingen den Entscheidungsspielraum definieren. Dieser sollte so weit wie möglich gefasst sein, damit Teilnehmende tatsächliche Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und Ergebnisoffenheit gewahrt bleibt. Sie sollte zudem einen Zeitplan enthalten. Es sollte festgehalten werden, in welchem Zeitraum die Ergebnisse behandelt und bis zu welchem Zeitpunkt Entscheidungen getroffen werden sollten. Entscheidungen sollten begründet und öffentlich einsehbar sein. Die Verwaltung ist damit politisch verpflichtet, Ergebnisse zu prüfen, zu berücksichtigen und im Rahmen ihres Handlungsspielraums umzusetzen.

d) Entscheidung nachvollziehbar und barrierearm kommunizieren

Die Kommune sollte die Entscheidung über Ergebnisse eines Partizipationsverfahrens so kommunizieren, dass Teilnehmende und Öffentlichkeit nachvollziehen können, wie mit den eingebrachten Vorschlägen weiter verfahren wurde. Das ist wichtig, weil Beteiligung ihre demokratiestärkende Wirkung nur dann entfalten kann, wenn sichtbar wird, dass Beiträge aufgenommen, geprüft, in eine begründete Entscheidung überführt und umgesetzt werden. Die Kommunikation sollte digital zugänglich sein, etwa über eine übersichtliche Website mit kurzen Erläuterungen in verständlicher Sprache. Dafür empfiehlt sich eine einfache Übersicht, in der jede Empfehlung mit Zuständigkeit, Bearbeitungsstand, Entscheidung und Begründung aufgeführt wird. Es sollte erkennbar werden, ob ein Vorschlag aufgegriffen, verändert, weiter geprüft oder abgelehnt wurde und welche Gründe dafür maßgeblich waren. Ergänzend bieten sich analoge Zugänge an, wie zum Beispiel Aushänge, Informationsblätter, Rückmeldetermine oder Hinweise in Schulen, Jugendtreffs und lokalen Einrichtungen.

e) Zeitrahmen frühzeitig und zielgruppengerecht planen

Beteiligungsverfahren sollten mit einem klaren und realistischen Zeitrahmen vorbereitet werden. Das ist notwendig, weil Teilnehmende ausreichend Zeit haben müssen, Termine wahrzunehmen, Unterlagen zu prüfen, eigene Positionen zu entwickeln und Rückmeldungen abzugeben. Dazu gehört eine frühzeitige

Ankündigung der Termine, damit interessierte Bürger:innen ihre Teilnahme einplanen können. Fristen für Stellungnahmen, Rückmeldungen, oder die Prüfung von Unterlagen sollten so bemessen sein, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung möglich ist.

Die Länge der Fristen sollte sich an der jeweiligen Zielgruppe orientieren. Ein verlässlicher Zeitrahmen verbessert etwa die Teilnahmebedingungen für Erwachsene, weil Partizipation häufig neben Arbeit, Familie und anderen Verpflichtungen organisiert werden muss. Für Kinder und Jugendliche sind hingegen Schulzeiten, Ferien und Betreuungssituation zu berücksichtigen. Kinder leben im Hier und Jetzt. Sie benötigen schnellere sichtbare Ergebnisse. Dauern die Verfahren zu lang, können sie den Bezug zum Projekt verlieren. Kinderprojekte sollten daher so zügig wie möglich entschieden werden.

5. Fazit

Frankfurt (Oder) ist eine Region im Strukturwandel. Der Alltag vieler Menschen ist von politischen und gesellschaftlichen Verunsicherungen geprägt. Hier ist es besonders wichtig, dass die politischen Verantwortungsträger den Wunsch vieler Bürger:innen, das eigene Umfeld selbstbestimmt zu gestalten, aktiv unterstützen. Erst wenn Bürger:innen nachvollziehen können, wie ihre Beiträge politische Entscheidungen beeinflussen, erfüllt Partizipation ihre demokratische Funktion. Heute mehr denn je benötigt unser demokratisches Gemeinwesen den Schutz jedes Einzelnen. Politische Entscheider:innen, die den Weg zu mehr und ehrlicher Teilhabe nicht gehen, ebnen den Weg für populistische und illiberale Akteure, die versprechen, enttäuschte Bürger:innen mit scheinbar einfachen Lösungen wirkmächtig zu machen.

Quellenverzeichnis

Abt, J., Blecken, L., Bock, S., Diringer, J. & Fahrenkrug, K. (2022). Von Beteiligung zur Koproduktion. In *Stadtforschung aktuell*. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36181-5>.

Bertelsmann Stiftung. (2014). *Vielfältige Demokratie: Kernergebnisse der Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“*. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Vielfaeltige_Demokratie.pdf.

Best, V., Decker, F., Fischer, S., & Küppers, A. (2023). *Demokratievertrauen in Krisenzeiten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/20287>.

Brettschneider, F. (2023). *Online-Dialog Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK): Evaluation*. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. https://www.bundesumweltministerium.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Naturschutz/online_dialog_ank_evaluation.pdf.

Bundesministerium des Innern und für Heimat. (2024). *Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus: Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/ministerium/BMI24021.pdf?__blob=publicationFile&v=8.

Bundeszentrale für politische Bildung, Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, & Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. (2024). *Sozialbericht 2024*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/>.

Deutscher Bundestag (2021): *Schäuble sieht in Bürgerrat neue Impulse für die repräsentative Demokratie*. Abgerufen am 11. Juli 2026 von <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw02-buergerrat-816534>.

Stadt Frankfurt (Oder). (o. D.). *Mitmachen? Ich für meine Stadt*. Abgerufen am 23. Juli 2026, von <https://www.frankfurt-oder.de/Angebote-Beteiligungen/Beteiligungen/Mitmachen-Ich-für-meine-Stadt/>.

Germann, M., Marien, S., & Muradova, L. (2024). Scaling Up? Unpacking the Effect of Deliberative Mini-Publics on Legitimacy Perceptions. *Political Studies*, 72(2), 677-700. <https://doi.org/10.1177/00323217221137444>.

Heinrich, S. (2026, 5. Mai). *Positionierung: Radikalisierung ist ein Symptom – fehlende Teilhabe die Ursache*. Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit NRW. <https://www.lag-kath-okja-nrw.de/positionierung-radikalisierung-ist-ein-symptom-fehlender-teilhabe-die-ursache/>.

Hitschfeld, K., & Perry, T. (2021). Partizipation: eher Alibi als Qualität? In J. Sommer (Hrsg.), *Kursbuch Bürgerbeteiligung #4* (S. 278–289). Republik Verlag. https://www.hitschfeld.de/wp-content/uploads/2021/10/kbb4_hitschfeld_perry_alibistatt_qualitaet.pdf.

Hühner, F. (2026): Interviewfragen per E-Mail. 01.06.2026. Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie Frankfurt (Oder). Unveröffentlicht.

Klug, T. (2018, 19. März). *Bürgerprotest und Bürgerwille: Wer sich engagiert, dem droht Ohnmacht*. Deutschlandfunk Kultur. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/buergerprotest-und-buergerwille-wer-sich-engagiert-dem-100.html>.

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg. (o. D.). *Wozu Bürgerbeteiligung?* Bürgerbeteiligung – Bausteine für die Praxis. Abgerufen am 11. Juli 2026, von <https://buergerbeteiligung-mil.brandenburg.de/bbp/de/grundlagen/wozu-buergerbeteiligung%3F/>.

Rutjes, H. (2025). *Offenheit in partizipativen Prozessen: Ausgewählte Forschungsergebnisse zum Handlungsfeld Partizipation*. Deutsches Jugendinstitut e. V. https://www.bne-fachstelle.de/sites/default/files/2025-03/Offenheit%20in%20partizipativen%20Prozessen_H_Rutjes_0.pdf.

Schulte-Cloos, J. & Leininger, A. (2021). Electoral participation, political disaffection, and, the rise of the populist radical right. *Party Politics*, 28(3), 431–443. <https://doi.org/10.1177/1354068820985186>.

Sommer, J. (Hrsg.). (2023). *Kursbuch Bürgerbeteiligung #5*. Republik Verlag. <https://bipar.de/wp-content/uploads/2025/09/kbb5.pdf>.

Sommer, J. (2025, 23. Oktober). *Transformation und Partizipation*. Fachverband Bürgerbeteiligung. <https://fvbb.info/transformation-und-partizipation/>.

Sonntag, A. (2024, 27. Februar). *Frustriert über Politik: Warum Engagement sich trotzdem lohnt* [Interview mit Thomas Kliche]. MDR. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/politikpsychologe-engagement-frust-100.html>.

Van Dijk, L. & Lefevere, J. (2022). Can the use of minipublics backfire? Examining how policy adoption shapes the effect of minipublics on political support among the general public. *European Journal Of Political Research*, 62(1), 135–155. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12523>.

Varwell, S. (2022). A literature review of Arnstein's ladder of citizen participation: Lessons for contemporary student engagement. *Exchanges: The Interdisciplinary Research Journal*, 10(1), 108–144. <https://doi.org/10.31273/eirj.v10i1.1156>.

Wähnke, W. (2019). *Bürgerbeteiligung verbessert Vertrauen in die Politik: Bevölkerungsstichprobe zu ausgewählten Aspekten der Kommunalpolitik*. vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 6, 325–327. https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2019/6_2019/FWS_6_19_Waehnke.pdf.

Zakhour, S. (2020). The democratic legitimacy of public participation in planning: Contrasting optimistic, critical, and agnostic understandings. *Planning Theory*, 19(4), 349–370. <https://doi.org/10.1177/14730952198974>.